



HESSISCHER LANDTAG

03. 04. 2019

Plenum

Dringlicher Antrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Hessen bleibt engagiert im Klimaschutz

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag sieht im Schutz des Klimas, der Begrenzung von Klimaveränderungen sowie der Anpassung an unvermeidliche Klimaveränderungen ein vorrangiges Ziel. Der Schutz und der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen bilden eine zentrale Verantwortung gegenüber kommenden Generationen. Dazu gehört auch die Begrenzung des klimabedingten Temperaturanstiegs entsprechend der Vereinbarungen von Paris aus dem Jahr 2015. Hessen als starkes Land muss seiner Verantwortung gerecht werden, seinen Beitrag zur Senkung des Ausstoßes von klimaschädlichen Gasen leisten und mit Vorbildcharakter seine Klimaschutzpolitik gestalten.
2. Der Landtag unterstützt daher die ambitionierten Ziele der Landesregierung, den Ausstoß von Treibhausgasen bis zum Jahr 2020 um 30 %, bis zum Jahr 2025 um 40 Prozentpunkte und bis 2050 um mindestens 90 % im Vergleich zum Basisjahr 1990 zu senken. Er fordert die Landesregierung auf, diesen Weg weiter zu beschreiten und zeitnah ein weiteres Zwischenziel für das Jahr 2030 festzuschreiben, welches sich an den Zielen der Bundesregierung orientieren sollte. Der Landtag hält daher eine Reduzierung um 55 Prozentpunkte im Vergleich zum Basisjahr bis 2030 für angemessen und erforderlich, um auch in Zukunft eine klare Perspektive zu haben und Vorreiter im Klimaschutz zu bleiben und das langfristige Ziel, bis 2050 klimaneutral zu werden, zu erreichen. Dies folgt auch dem Ziel, hessische Klimapolitik nicht isoliert zu betreiben, sondern in nationale, europäische und internationale Rahmen einzupassen.
3. Der Landtag begrüßt und unterstützt daher auch weiterhin den Beitritt Hessens zum internationalen Klimabündnis „Under2MOU“, in dem sich inzwischen über 220 Partner aus 43 Ländern der Erde engagieren. Auch die Klima-Kommunen in Hessen, zu denen mittlerweile rund 190 Kommunen und Landkreise zählen, stehen für aktiven Klimaschutz, der direkt vor Ort realisiert wird. Der Landtag sieht in diesen Beispielen wichtige Instrumente, Klimaschutz auch auf unterstaatlicher Ebene zu koordinieren und im gemeinsamen Interesse voranzubringen.
4. Der Landtag sieht im Integrierten Klimaschutzplan Hessen 2025 und den darin beschriebenen 140 Einzelmaßnahmen zur Reduzierung des Treibhausgasausstoßes und zur Anpassung an den Klimawandel eine ausgezeichnete Grundlage, um diesen Zielen gerecht zu werden. Er fordert die Landesregierung auf, diesen Plan weiterhin ambitioniert umzusetzen und in der Finanzplanung weiterhin entsprechende Finanzmittel vorzusehen. Ebenfalls fordert er die Landesregierung auf, den Plan auf Grundlage eines Monitorings bzw. einer Evaluierung der ersten Jahre weiterzuentwickeln und wo nötig nachzusteuern. Ein Prozess der breiten Beteiligung verschiedener Verbände und gesellschaftlicher Interessengruppen, von Wirtschaft und Landwirtschaft, Umwelt, Gesellschaft, Wissenschaft und Verwaltung, wie er bei der Erstellung des Klimaschutzplans vorbildhaft umgesetzt wurde, hat sich bewährt und soll auch bei der Weiterentwicklung des Plans zur Anwendung kommen.
5. Der Landtag hält vor allem die Instrumente der Anreizsetzung und Förderung, der nachhaltigen Steuerung und des Dialogs, der Information und Bildung, der Förderung von Innovation und Effizienz sowie der Vernetzung und Mobilisierung der Akteure weiterhin für die richtigen Schwerpunkte für ambitionierten Klimaschutz und fordert die Landesregierung auf, diese auch bei der Weiterentwicklung des Klimaschutzplans in den Mittelpunkt zu stellen. Außerdem bittet der Landtag die Landesregierung, bei der Weiterent-

wicklung auch ordnungsrechtliche Möglichkeiten einzubeziehen, soweit dies erforderlich und verhältnismäßig ist, um Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel zu stärken. Auf diesem Weg wird Hessen zeigen, dass es gelingen kann, den Klimagasausstoß deutlich zu reduzieren und gleichzeitig die wirtschaftliche Stärke Hessens nicht zu gefährden, sondern der Wirtschaft im Gegenteil neue Chancen zu eröffnen und Ökologie und Ökonomie zu verbinden. Der Landtag erwartet, dass Hessen seine Standortvorteile und seine wirtschaftliche Stärke einsetzt, um als Vorbild und Beispiel für andere Regionen Europas zu dienen und zu zeigen, dass Klimaschutz auch zu einem wirtschaftlichen Erfolg gemacht werden kann, und zu beweisen, dass Ökonomie und Ökologie keine Gegensätze sein müssen.

Wiesbaden, 3. April 2019

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Michael Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Jürgen Frömmrich